

Fragwürdige Studie zu Zeitarbeit

Zum Artikel „Da werden Menschen über den Tisch gezogen“ (Ausgabe vom 26. Oktober):

Von einer fundierten Studie der Wissenschaftlerin Sandra Siebenhüter kann noch nicht einmal im Ansatz die Rede sein. Nicht 40, sondern 31 – teils ehemalige – Zeitarbeitnehmer mit Migrationshintergrund befragte die Eichstätterin für die „Studie“ der Otto-Brenner-Stiftung der IG Metall. Und wie sie richtig anmerkt, basieren ihre Ergebnisse auf Schätzungen, weil diese Bevölkerungsgruppe auch von der Bundesagentur für Arbeit nicht erfasst wird. Daraus zu schließen, Zeitarbeit schaffe in ganz Deutschland keine Integration, ist abenteuerlich.

Nichtsdestotrotz: Der Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen als mitgliederstärkster Arbeitgeberverband der Zeitarbeitsbranche weiß um derlei Problematiken – und hat längst reagiert: Im jüngsten Tarifvertragswerk mit den DGB-Gewerkschaften wurde nicht nur eine Klausel zur Verhinderung des Missbrauchs von Zeitarbeit vereinbart, sondern auch eine gemeinsame Einrichtung zur Sicherung und Förderung von Tariftreue sowie die Qualifizierung und Weiterbildung der Zeitarbeitnehmerschaft unterschrieben. Darin wurde auch eine Lohnuntergrenze in Höhe von derzeit 7,79 Euro vereinbart, die demnächst auf 8,19 Euro steigt – Zeitarbeitsunternehmen können sich also nicht mit Billigangeboten gegenseitig übertrumpfen, die Entlohnung in der Branche ist zudem zu knapp 100 Prozent tarifvertraglich geregelt. Wie kommt die Autorin der Studie zu dem Ergebnis, dass Zeitarbeitnehmer keine Arbeitnehmerrechte und keine Gewerkschaft als Rückhalt haben? Betriebsräte in Zeitarbeitsunternehmen, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und die tarifvertraglichen Vereinbarungen mit den DGB-Gewerkschaften sprechen eine andere Sprache.

Matthias Stief
Ingolstadt

EK vom
3.11.01